

An den Präsidenten des Landtags NRW

Postfach 101143

40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/445**

A05, A15



**Humanwissenschaftliche
Fakultät**

**Fachgruppe
Erziehungs- und
Sozialwissenschaften**

**Institut I für
Bildungsphilosophie,
Anthropologie und
Pädagogik der Lebensspanne**

Köln, 5.3.18

Dr. Matthias Burchardt AR

Tel.: +49-221-470 4114
m.burchardt@uni-koeln.de

Stellungnahme zum Antrag

**„Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz!“ Antrag der Fraktion der SPD vom
04.10.2017**

(Landtag Nordrhein-Westfalen, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/815)

Sekretariat:

Friederike Schürhoff-Goeters

Tel.: +49-221-470-3371

f.schuerhoff-goeters@uni-koeln.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang finden Sie meine Stellungnahme zur Anhörung am 15.03.2018
bezüglich des Antrags „Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie
werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen!“

Mit besten Grüßen

Matthias Burchardt

Adresse:
Albertus-Magnus-Platz
Hauptgebäude, BT 4, 2. OG
50923 Köln

Stellungnahme

Glaubwürdige und erfolgreiche Demokratieförderung kann nur auf der Grundlage ehrlicher Analysen, klarer Begriffe und einer kritischen Revision der politischen und gesellschaftlichen Kultur gelingen. Primärer Ort der politischen Bildung ist das öffentliche Bildungswesen, ggf. ergänzt durch Träger der politischen Erwachsenenbildung oder der sozialen Arbeit.

Leitgedanke des Gutachtens

Der Antrag der SPD-Fraktion benennt Krisensymptome einer Erosion der Demokratie und weist dabei zu Recht die Notwendigkeit der politischen Bildung aus. Die unter Punkt II. angeführten Feststellungen allerdings beruhen auf bedenklich unklaren Begriffen, sowohl in Bezug auf das Konzept politischer Bildung als auch im Verständnis der Demokratie selbst. Die Schlußfolgerungen und Forderungen unter Punkt III. sind entsprechend unausgegrenzt und werden deshalb als oberflächlich und untauglich zurückgewiesen.

Die Krise der Demokratie¹

Es gibt vielfältige Gründe für Populismus, Extremismus und Radikalisierung. Oft liegen sie in individualpsychologischen oder milieuspezifischen Umständen begründet und fallen damit in das Feld des therapeutischen, sozialpädagogischen oder bildungspolitischen Handelns. Dort, wo es sich darüber hinaus um interessen geleitete Angriffe auf den Rechtsstaat handelt, ist der Staat berechtigt und verpflichtet die Angriffe mit den Mitteln der Rechtsprechung und der Exekutive kategorisch zu unterbinden. Was aber, wenn die Instanzen des demokratischen Gemeinwesens selbst in einer Krise stecken und ihr Handeln ebenfalls zur gesellschaftlichen

¹ Dieser Passus ist teilweise meiner Stellungnahme zur Drucksache 17/508 entnommen.

Spaltung und der Übernahme radikaler oder extremistischer Ansichten und Positionen beiträgt? Bedenklich ist schon, dass den Zweifeln an der Integrität der Akteure und Instanzen vielfach nicht mit Selbstkritik oder Dialogbereitschaft begegnet wird, sondern mit einem pauschalen Populismusvorwurf, der zwar kaum Stellung in der Sache bezieht, aber die Kritiker zum verstummen bringen soll (Vgl. Stegemann 2017). Dadurch aber entsteht ein gefährlicher Resonanzboden für gesellschaftliche Kräfte mit antidemokratischer Agenda. So pauschal und unzutreffend etwa der Vorwurf der "Lügenpresse" ist, so berechtigt wäre eine Überprüfung, ob die Medien und ihre Vertreter ihrem pluralen und umfassenden Informationsauftrag gerecht werden oder inwiefern sie im Einzelfall eher politischen oder ökonomischen Partikularinteressen nachgehen. Desgleichen stellt sich in den Zeiten der drittmittelabhängigen Forschung die Frage, ob und inwieweit die Wissenschaft noch eine neutrale Instanz sein kann, die allein dem Prinzip der Wahrheit verpflichtet ist und durch ihre Expertise der Politik unabhängige Entscheidungsgrundlagen bieten kann. Weiterhin drängen sich nach den Enthüllungen im Fall Snowden – auch im Zusammenhang des NSU-Prozesses oder im Fall Amri – Zweifel auf, inwieweit die Geheimdienste noch einer parlamentarisch-demokratischen Kontrolle unterstehen und ihren wesentlichen Auftrag im Schutz der Demokratie und der Bürger sehen.

Mit der Globalisierung scheint darüber hinaus der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstand, zwischen Unternehmenserfolg und Arbeit aufgekündigt zu sein, erfolgt doch nun Stellenabbau nicht nur bei angeschlagenen Unternehmen, sondern auch bei Rekordgewinnen. Und auch die Gewerkschaften sind spätestens mit den Hartz-Reformen in eine ambivalente Rolle geraten und haben viel von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüßt. Insofern sind auch Akteure im Feld der Wirtschaft mögliche Auslöser für ein Schwinden des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Was die Parteienlandschaft und die parlamentarisch-repräsentative Demokratie betrifft, sind Pauschalvorwürfe („Die sind alle korrupt und wollen sich nur bereichern!“) Ausdruck von Unkenntnis und mangelnder politische Bildung. Dennoch kann man Protestwahlen, schrumpfende Wahlbeteiligung und die Stimmverluste ehemaliger Volksparteien durchaus auch so lesen, dass sich Bürger nicht mehr in ihren Anliegen und Überzeugungen repräsentiert finden. Wenn dann noch der übermäßige Einfluß von Lobbygruppen auf einzelne Gesetzgebungen oder die Nähe exponierter politischer Akteure zu Konzernen, privaten Stiftungen oder informellen Machtzirkeln publik werden, wachsen durchaus berechtigte Zweifel an der Unabhängigkeit und Gemeinwohlorientierung der politischen Entscheidungen.

Hinzu kommt ein zunehmendes Mißverhältnis zwischen der persönlichen Wahrnehmung der politischen Verhältnisse und eigenen Lebensumstände und den öffentlichen Verlautbarungen durch Medien und Politik. Die politischen Anliegen der Bürger finden sich mitunter nicht hinreichend abgebildet in den vordringlich erklärten Politikfeldern, so dass sich viele Bürger vom Agenda-Setting ausgeklammert wissen. Zudem erleben in ihrem Alltag den Abbau sozialer Sicherungen und Daseinsvorsorge, spüren, dass ihr Status bedroht ist und dass die eigenen Lebensrisiken nicht mehr von der Solidargemeinschaft getragen werden, sondern zunehmend zum Problem jedes Einzelnen gemacht werden. Beschäftigungsverhältnisse werden zunehmend prekariert. Öffentliche Kultur und soziale Infrastruktur in den Kommunen fallen oft dem sprichwörtlichen Rotstift zum Opfer. Rüstungsausgaben, Bankenrettungen oder Migrationsfolgekosten erscheinen dann vor dem Hintergrund der eigenen Lage als zynisch, so dass sich Menschen enttäuscht von der Demokratie und ihren Repräsentanten ab- und politischen Ideologien zuwenden, die hier mit ›markigen Sprüchen‹ und ›einfachen Lösungen‹, Ressentiments schüren und die Demokratie verächtlich machen.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen sollte deutlich geworden sein, dass eine Demokratieförderung nicht allein in der Anpassung von ideologischen Abwechslern und Extremisten bestehen kann, wenn nicht auch und vor allem die selbstverschuldeten Ursachen des sozialen Zerfalls und der Radikalisierungen politisch benannt und beseitigt werden. Dabei geht es sowohl um einzelne Maßnahmen der Sozial-, Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber auch um den Geist des Neoliberalismus selbst, aus dem diese konkreten Programme geboren sind. Insbesondere muss das Primat der Politik gegenüber den angeblichen ökonomischen Sachzwängen wieder hergestellt werden und alle Modelle des politischen Handelns einer kritischen Revision unterzogen werden. Insbesondere das Konzept der Governance wäre hier zu befragen (Vgl. hierzu Wendy Brown: Die schleichende Revolution. 2015). Selbst im Raum des formellen (Partei-) Politischen sind die Grundbegriffe des Politischen oft unscharf in Folge der semiologischen Transformationen oder Frame-Governance durch Think-Tanks und PR-Agenturen.

Semantische Aushöhlungen begleiten die Erosion der Demokratie

Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes formuliert kategorisch das Prinzip der Volkssouveränität: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das Volk ist

der Souverän, der die drei Gewalten politisch legitimiert. Gesetzgebung, Rechtsprechung und vollziehende Gewalt sind dem Souverän verpflichtet.

Die im Antrag beklagte „Distanz zwischen Individuen und den demokratischen Institutionen und ihren Repräsentanten“ kann einerseits als Desinteresse des Souveräns gedeutet werden oder als Entfremdung der institutionalisierten Politik vom Souverän. Neben einer Erinnerung an die politische Verantwortung des Bürgerinnen und Bürger auf dem Wege der politischen Bildung müßte die politische Praxis der letzten Jahrzehnte kritische aufgearbeitet werden in Hinblick auf die Frage, ob nicht Reformen und politische Entscheidungen am Volkswillen vorbei realisiert wurden (Bildungsreformen, Agenda 2010, Bankenrettung, Flüchtlingspolitik, Kriegsbeteiligungen, usf.), so dass die Distanz auch auf einem gravierenden Vertrauensverlust beruhen könnte bzw. sogar ein Legitimationsdefizit des Regierungshandelns zum Ausdruck bringt.

Volkssouveränität ist kategorial etwas völlig anderes als „Teilhabe“, „Mitwirkung“ oder „Beteiligung“. Der symbolische, moderierte oder gesteuerte Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern (organisierte Dialoge, Bürgerhaushalte usf.) erscheint vielfach als Maßnahme des Akzeptanzmanagements oder der Ressourcenaktivierung für Problemlösungen, wodurch aber weder das Ganze der Teil-Habe noch das Verfahren der politischen Artikulation zur Diskussion stehen.

Wendy Brown macht darauf aufmerksam, dass es die Tendenz gibt, einzelne Elemente des Demokratischen für transdemokratische Zwecke zu funktionalisieren. Ohne Deliberation verkümmert Partizipation zur politischen Folklore, in deren Schatten Machtgruppen am Volk vorbei regieren können:

»Inklusion und Partizipation als Indikatoren von Demokratie wurden von den Kräften und dem unbegrenzten Gebiet der Deliberation abgetrennt, die sie als Bedingungen gemeinsamer Herrschaft als sinnvoll erweisen würden. Mit anderen Worten, obwohl Inklusion und Partizipation sicherlich wichtige Elemente der Demokratie sind, müssen sie durch eine gewisse Kontrolle über die Festsetzung von Parametern und Beschränkungen sowie von der Fähigkeit begleitet werden, über grundlegende Werte und Richtungen zu entscheiden, um mehr als leere Signifikanten zu sein. **Wenn diese Dinge fehlen, können sie nicht demokratisch genannt werden, ebensowenig wie man sagen kann, dass dem Insassen eines Todestrakts, wenn er über seine Exekutionsmethode entscheiden kann, Freiheit**

geboten wird. Vielmehr ist dies die Sprache der Demokratie, die gegen das Volk genutzt wird.«

»Die **Demokratie wird zu einem reinen Verfahren** und wird von den Kräften abgelöst, die ihr als Herrschaftsform Substanz und Bedeutung verleihen würden. Bei der Definition der Demokratie als Inklusion, Partizipation, Partnerschaft und Teamarbeit beim Problemlösen fehlt auch jegliches Interesse an Gerechtigkeit und der Angabe von Zwecken sowie an pluralistischen Auseinandersetzungen darüber.« (Brown 2015, S. 14)

Wer immer sich im Rahmen von „Demokratie leben“ für die Demokratieförderung einsetzen möchte, ist an dem Kriterium zu messen, wie klar und zutreffend das zugrundeliegende Verständnis von Demokratie und Politik ist. Keinesfalls dürfen Programme der politischen Bildung ihrerseits pseudodemokratische Kulissen aufbauen, partizipations-illusorische Ersatzhandlungen inszenieren, geschweige den Bürgerinnen und Bürger lediglich als Problemlöseressource unter forciertem Sachzwangdruck aktivieren.

Nicht nur in dieser Frage fehlt es in der Antragsbegründung an Klarheit. Exemplarisch zeigt sich in der folgenden Passage eine fragwürdige Vorstellung der Rolle demokratischer Institutionen:

„Vertrauen in die Institutionen unserer Demokratie können [sic!] besonders in Transformations- und Umbruchzeiten Stabilität, Orientierung und Sinn vermitteln.“, heißt es im Antrag.

Was immer mit dem Satz zum Ausdruck gebracht werden sollte, offenbart sich doch unfreiwillig – sicher auch unbeabsichtigt – eine postdemokratisch Konzeption des Politischen. Umbrüche und Transformationen, also massive Änderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit werden hier als anonyme und alternativlose Vorgänge dargestellt, als folgten diese unabänderlichen Naturgesetzen und nicht den Entscheidungen der politischen Freiheit. In einem demokratischen Gemeinwesen erwachsen Veränderungen aber aus den im Grundgesetz dafür vorgesehenen Abläufen und Instanzen vor dem Hintergrund der Volkssouveränität. Die Reduktion der Institutionen auf eine stabilisierende Funktion in Anbetracht von politischen Ohnmachtserfahrungen rückt die Politische Bildung in eine ähnlich sedierende Rolle, die Marx und Lenin der Religion („Opium des Volkes“) attestiert haben.

Eine geradezu paternalistische Vorstellung von politische Bildung kommt im folgenden Satz zum Vorschein: „Politische Bildung informiert und erklärt aktuelles Geschehen, damit Bürgerinnen und Bürger informiert sind.“ Ohne

den Autoren unlautere Absichten unterstellen zu wollen, muss gleichwohl auf die systematische Unterbestimmung der politischen Bildung hingewiesen werden, denn hier verwischt die Trennschärfe zur Indoktrination.

Politische Bildung muss zur politischen Urteilskraft befähigen, wenn sie emanzipatorisch und nicht paternalistisch verstanden wird. Bürgerinnen und Bürger sind in der Tradition aufgeklärter Demokratien eben keine Adressaten von vorgefertigten Deutungen und Beurteilungen, sondern wesentlich Subjekte des Deutens, Urteilens und politischen Handelns. Allein durch die Befähigung zum eigenen Urteil können diese verantwortliche Souveräne sein, ohne sich „von vermeintlich einfachen Lösungsvorschlägen populistischer Ideologien blenden lassen.“ Übrigens auch die vermeintlich komplexen Lösungsvorschläge elitäristischer Ideologien können auf diesem Wege einer Prüfung zugeführt werden und müssen nicht auf dem Wege der Information oder Erklärung hingenommen werden.

Die Glaubwürdigkeit und der Erfolg politischer Bildung wird sehr davon abhängen, ob das „Vertrauen“, von dem im Antrag gehäuft die Rede ist, nur beschworen wird oder durch tatsächliche demokratische Integrität verdient ist. Ein Gefühl intellektueller Überlegenheit der politischen Akteure und ein paternalistischer Gestus, der nicht Urteilskraft, sondern Information, Erklärung oder gar Indoktrination bezweckt, zerstören dieses Vertrauen.

Empfehlung: Die Schule ist der primäre Ort für politische Bildung. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe muss sie allerdings erst wieder befähigt werden.

Die Demokratie ist eine voraussetzungsreiche Staatsform, da mit der Ermächtigung des Volkes auch die Notwendigkeit einer Befähigung zur Ausübung der Souveränität einhergeht. Die Demokratie bedarf deshalb der Bildung: Neben der Einführung in die Instanzen und Prozesse der staatlichen Strukturen, müssen politische Urteilskraft eingeübt, Sachkenntnisse erworben, Wertbezüge reflektiert werden und Haltungen gewonnen werden.

Die Schule ist der wesentliche Ort der politischen Bildung. Aufgrund der Schulpflicht erreicht sie alle und bietet neben der formellen und inhaltlichen Bildung auch hinreichend informelle Gelegenheiten, eine demokratische Haltung unter den Bedingungen sozialer Heterogenität zu entwickeln.

Die Reformen der letzten Jahrzehnte haben der Schule nach und nach die Möglichkeiten entzogen, ihren (demokratischen) Bildungsauftrag zu realisieren. Kompetenzorientierung, Atomisierung und Individualisierung des Lernens, Zweckrationalität und Ökonomisierung charakterisieren den Ungeist des Neoliberalismus, der nun sichtbare Folgen zeitigt: Orientierungslosigkeit, Brüchigkeit des sozialen Zusammenhaltes, fake news, Radikalisierung, Populismus usw. verweisen eben auch auf eine gescheiterte Bildungspolitik.

Die Förderung von Programmen von „Demokratie leben“ erscheint in diesem Kontext als verspätete Symptombehandlung, die die grundsätzlichen Probleme der Gesellschaft und im Bildungswesen kaum kaschieren kann.

Ausdrücklich soll mit dem Hinweis auf die primäre Bedeutung der Schule der Wert der sekundären politischen Bildung nicht bestritten oder geschmälert werden. Hier verrichten etwa die Tendenzbetriebe (parteinahe Stiftungen, Kirchen, Gewerkschaften ...) oder auch die Wohlfahrtsverbände sinnvolle und gute Arbeit, welche allerdings die schulische politische Bildung nicht ersetzen kann, sondern diese im Gegenteil als Voraussetzung benötigt.

Die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination wird durch den Beutelsbacher Konsens verteidigt. Dieser muss Prüfstein aller Bemühungen um die politische Bildung sein. Alle zivilgesellschaftlichen oder privaten Akteure, die sich „Demokratie fördern“ auf die Fahnen schreiben, sind unter dieser Hinsicht zu überprüfen. Politische Bildung darf ausschließlich auf eine demokratische Gesinnung und die Leitideen des Grundgesetzes und der Landesverfassung abzielen, aber nicht auf die Übertragung bestimmter Einstellungen und Deutungen in Bezug auf aktuelle politische Themen. D.h. ganz konkret: Auch eine skeptische Haltung zu Fragen der Migration oder der Europapolitik ist im politischen Spektrum legitim – wenn nicht sogar notwendig für einen sachdienlichen kontroversen Diskurs. Undemokratisch ist dagegen der Versuch, seine Überzeugungen und Interessen gegen den Geist und den Buchstaben des Grundgesetzes zur Geltung zu bringen oder durchzusetzen. Dieses Kriterium gilt universell und muss nicht nur im Umgang mit Extremismus und Populismus seine Anwendung finden, sondern etwa auch im Bereich des Lobbyismus.

Ceterum censeo: Im Wesentlichen bedarf es einer offenen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und parlamentarischen Diskussion, wie es zur Erosion der Demokratie und des Bildungswesens in Deutschland kommen konnte. Auf der Grundlage dieser Analysen steht eine Revision der politischen und öffentlichen Kultur an, damit das kostbare Fundament des Grundgesetzes wieder mit dem Geist gelebter Demokratie bewohnt werden kann. Dies bedeutet insbesondere eine Überwindung neoliberaler Denk- und Handlungsmuster in allen Einrichtungen, ein Ende der sozialtechnologischen Steuerung der Bevölkerung mittels Psychotechniken (Soft Governance, Change-Management, Politit-PR und Nudging) und die Eindämmung des Einflusses von Lobbygruppen, Think-Tanks und Internationaler Organisationen (z.B. der OECD).

Literatur

Brown, Wendy (2015): Die schleichende Revolution. Frankfurt: Suhrkamp.

Stegemann, Bernd (2017): Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie. Berlin: Theater der Zeit.